

Jour fixe vom 21.03.2022 – Der Krieg in der Ukraine (Teil 2)

Letztes Mal ging es darum zu klären, womit man es beim Krieg in der Ukraine der Sache nach zu tun hat. Gibt es noch Fragen dazu, zur öffentlichen Berichterstattung oder auch zu Argumenten, auf die man gestoßen ist und zu denen es Diskussionsbedarf gibt?

— *Putin wird vorgeworfen, er mache sich schuldig, das Recht der Ukraine auf freie Bündniswahl nicht zu respektieren, denn man könne einem Land doch nicht absprechen, frei zu entscheiden, welchem Bündnis es sich anschließen will. Das Argument dagegen war, dass die „freie Entscheidung“ der Ukraine, Bündnispartner des Westens sein zu wollen, nichts wert ist, denn letztendlich entscheiden die EU und Nato über die Aufnahme weiterer Staaten anhand dessen, inwieweit das für ihre Kalkulationen nützlich ist. Das ist zwar wahr, überzeugt meiner Ansicht alleine noch nicht.*

Zu sagen, die Nato ist keine Veranstaltung, der man einfach beitreten kann, sollte darauf verweisen, dass die Nato ein *Verteidigungsbündnis* ist, das beschließt, *gegen wen* es was zu verteidigen gilt. Da wird eine ganze Weltordnung gegen ein Russland verteidigt, das wegen seiner Souveränität darauf besteht, dass die Nato seine Sicherheitsinteressen anerkennt. Diesen Anspruch Russlands erklärt die Nato für unvereinbar mit ihrer Weltordnung. Diesen Zweck teilt die Ukraine, wenn sie ganz souverän beschließt, ein Frontstaat im Militärbündnis der Nato sein zu wollen. Wenn einfach betont wird, der Bündnisbeitritt sei der Wille der Ukrainer, will man nicht zur Kenntnis nehmen, *was* damit an Gegensatz und Feindschaft ausgesprochen ist. *Was* die Ukrainer wollen, *wie* die Regierung der Ukraine den Inhalt ihrer Souveränität definiert und *wofür* sie sich deshalb den Nato-Beitritt in die Verfassung geschrieben hat, fällt dabei unter den Tisch.

Das ist die sachliche Seite der Bestimmung des Wunsches der Ukraine nach einer Nato-Mitgliedschaft. Die andere Seite ist die Schuldfrage, die bei diesem Einwand gewälzt wird. Was ist das für eine Überlegung, wenn man die Bündnisfrage zu einem zu respektierenden Recht der Ukraine erklärt und dessen Verhinderung durch Putin zum Unrecht? Damit wird das, was die Staaten machen, an einem eigenen moralischen Maßstab gemessen, dem ein Staat entspricht oder auch nicht. Das geht an der Sache vorbei, weil der eigene moralische Gesichtspunkt nichts zu entscheiden hat. Vielmehr ist zu klären, worum es da geht und was die Staaten vorhaben. Wer trifft da aufeinander und wie kommt derjenige dabei vor, der gerade beurteilen will, ob das in Ordnung geht oder nicht. Die Staaten definieren, *was* Recht und Unrecht ist, und verfolgen damit ihre jeweiligen Ziele. Wie kommt man selber in diesen Rechnungen vor?

— *Die Händel der Staaten folgen aus den Machtansprüchen, die sie gegeneinander in Anschlag bringen. Man selber kommt als diesen Ansprüchen untergeordnetes Material vor.*

Der Gedanke, ‚die Ukraine will den Beitritt und Putin will das nicht zulassen, deshalb ist die Ukraine im Recht und Putin im Unrecht‘, lässt sich mit dem gleichen moralischen Recht umdrehen: das, was Putin will, die Sicherheitsinteressen, auf die er pocht, an die hält sich der Westen nicht. Dann ist Putin im Recht und die Nato im Unrecht. Mit der Moral des berechtigten freien Willens kommt man nicht weiter und das Gespräch ist beendet. Man hat nur festgehalten, dass sich beide Seiten unversöhnlich gegenüberstehen und der jeweils andere hält sich nicht daran, was die Gegenseite will. Das aber war der Ausgangspunkt. Deshalb führen sie ja jetzt Krieg. Das führt wieder auf die Frage zurück, mit welcher Konfrontation man es da zu tun hat, welche Seite welches Interesse geltend macht und warum sich die Interessen so unversöhnlich gegenüberstehen, dass sogar ein Atomkrieg im Raum steht. Da vergeht es einem, für eine der beiden Seiten Partei ergreifen zu wollen.

— *Wenn behauptet wird, Putins Verbrechen sei, dass er den Souveränitätsanspruch der Ukraine nicht gelten lässt, dann ist das eine Parteinahme für den Standpunkt des Westens, der die Aufrüstung der Ukraine als Speerspitze gegen Russland betreibt und dazu „Recht der Ukraine auf Souveränität“ sagt. Der moralisch Urteilende abstrahiert dabei von dem, was der Inhalt der Souveränität ist. Er will gar nicht zur Kenntnis nehmen, warum es Putin so wichtig ist, die Ukraine zu halten, und dass sich daran Russlands Sicherheit entscheidet. Unter Abstraktion von der unbedingten Feindschaftserklärung gegen Russland, die mit dem Vorrücken des Westens praktiziert wird, erscheint Putins Vorgehen als Verbrechen.*

Die Abstraktion vom Inhalt der Souveränität verweist auf die dem zugrunde liegende

Parteilichkeit. Gemäß dieser Logik kann man jeder der gegnerischen Seiten das Recht auf Souveränität zusprechen. Das Ergebnis wäre eine Einsortierung der gegeneinander gerichteten Standpunkte als moralisch gleichartige. Aber bei Souveränität geht es um die Durchsetzung von *Staaten* gegeneinander, da messen sich auch ausschließlich *Staaten* aneinander, deren Basis es ist, dass sie nach innen über ein Gemeinwesen herrschen und daraus ihre Stärke beziehen. Daran wird deutlich, welche Rolle die Leute dabei spielen und dass sie auch als noch so empörte Subjekte nicht Subjekt staatlicher Souveränität sind.

— *Sich als ein zur moralischen Entscheidung Berufener aufzuschwingen, wo man doch als Untergeordneter und Material in eine Seite des Interessengegensatzes der Staaten einsortiert ist, ist daher eine ganz unangemessene Stellung.*

In der Auseinandersetzung Russlands gegen die Nato im Fall der Ukraine formulieren alle beteiligten Parteien nicht einfach ein Interesse, sondern sie berufen sich dabei auf ihr *Recht*. Das tut Putin, der fordert, der Westen müsse seine Sicherheitsinteressen anerkennen, ebenso die Ukraine, die sich auf ihr Recht auf freie Bündniswahl beruft, und auch der Westen, der sich auf das Recht beruft, die Ukraine bei ihrer Verteidigung unterstützen zu müssen. Wenn sich so auf ein Recht berufen wird, dann ist das eine Art und Weise, wie das eigene Interesse der Krieg führenden Parteien mit einer *Unbedingtheit* versehen wird; es will viel mehr sein als nur Interesse. Die jeweilige Partei gibt zu verstehen, dass sie gar nicht anders kann, als auf die Gültigkeit dieses Rechts zu dringen und dieses im Zweifel auch mit Gewalt durchsetzen zu müssen. Die Staaten fordern ihre *Rechte* ein und vollziehen dafür den Übergang zum Einsatz ihrer militärischen Mittel. Wenn andererseits die Leute, die gerade vorgeführt kriegen, dass die Durchsetzung staatlicher Interessen eine Frage der Gewalt und sie selber dem gegenüber ohnmächtig sind, *sich* darein als Richter über Recht und Unrecht einmischen, steht das nicht nur im krassen Missverhältnis zur Sache, sondern ist auch völlig belanglos. Wer in der Welt richtet sich danach, was ein wohlmeinender Mensch für rechtens oder nicht rechtens hält? Die Frage, wer im Recht ist, wenn die Staaten zu ihrem Militär greifen, geht nur darüber, dass man sich *hinter* eine der Seiten stellt. Oder *über* beide, dann haben beide ein wenig Recht. Immer bleibt man Partei für ein staatliches Interesse.

— *Ich habe Schwierigkeiten mit dem Argument, sie sollten sich doch überlegen, wie sie dabei vorkommen, nämlich als Material für die Auseinandersetzung von Staaten. Niemand hier täuscht sich über die Kriegsträchtigkeit. Erstens ist Krieg in der Ukraine. Zweitens wird man jeden Tag darüber aufgeklärt, dass weitere Eskalationen möglich sind, u.a. wenn Öllieferungen von der EU gestrichen werden. Es täuscht sich auch keiner über die Gewaltträchtigkeit, die möglicherweise nicht auf die Ukraine beschränkt bleibt. Die Berliner Demonstranten am Wochenende sagen, sie lassen sich die Freiheit von Putin nicht nehmen und sind bereit, dafür Opfer in Kauf zu nehmen, vom hohen Spritpreis angefangen. Bei der ganzen Begutachtung wird davon ausgegangen, dass die Sache, die der Westen vertritt, eine gute Sache ist. Sie heißt Freiheit, das freie Entscheidungsrecht der Ukraine, Unterstützung des ukrainischen Volks. Dass sie in diesen Krieg involviert sind, Opfer bringen, geht für sie in Ordnung, denn dafür gebe es gute Gründe. Daher muss man doch dazusagen, dass das lauter falsche Gründe sind, die für diese Auseinandersetzung kriegerischer Art angegeben werden. Man will sich doch über die Gründe der beiden Lager, die sich gegenüberstehen, verständigen.*

Die Demonstranten halten es für einen guten Grund, in diesem Krieg Opfer zu bringen, weil es konsequent und ehrenhaft sei, für die Freiheit alles zu tun. Sie bewundern die Ukrainer dafür, dass sie heldenhaft für ihr Recht auf Freiheit in diesem Krieg kämpfen. Was nehmen sie sich da vor? In welchem Verhältnis steht es, für die Freiheit in den Krieg zu ziehen und dafür zu sterben? Hat man sich einmal klargemacht, was Freiheit für einen eigentlich bedeutet? Aber die Freiheit wird so hochgehalten, dass es sich sogar lohnt, für sie in den Krieg zu ziehen und dafür zu sterben.

— *Der Demonstrant meint, sich aus einem guten Grund heraus ganz frei und selbstständig diesem Kriegszweck zuzuordnen. So rechtfertigt er die Opfer, die er bereit ist zu bringen. Tatsächlich ist er schon längst für die Freiheit wie auch für sonst alles verplant, was die Nation als Kriegsnotwendigkeiten heute oder demnächst auf die Tagesordnung setzt. Das Verrückte daran ist, dass das opferbereite Subjekt so tut, als ob es das Subjekt wäre, das*

sich entscheidet, wo doch ganz andere entschieden haben, wie es darin vorkommt. Auf diese Differenz sollte man den Demonstranten aufmerksam machen. Entweder macht er sich zum imaginären Verteidigungsminister und benennt gute Gründe, warum ein Krieg gegen Russland notwendig ist, oder er imaginiert sich als Freiheitsfan, der einen guten Grund hätte, in den Krieg zu ziehen.

— *Es geht darum, den Leuten klar zu machen, wie absurd es ist, sich als Bürger zum moralischen Richter über die Motive der aufeinander losgehenden Staaten aufzuschwingen und darüber zum Parteigänger der eigenen Nation zu werden. Wichtig ist, von der Debatte, wer im Recht ist und wer im Unrecht, zum Grund des Kriegs zu kommen. Da muss man eine Auseinandersetzung darüber führen, was die Staaten tatsächlich aneinander auszusetzen haben. Warum sind sie zu dem Ergebnis gekommen, dass sie es nicht mehr miteinander aushalten? Was sind die zugrundeliegenden Interessen, die sich die Staaten jetzt kriegerisch um die Ohren hauen?*

Sich über die Gründe dieser militärischen Konfrontation Klarheit zu verschaffen, ist das eine. Dazu gehört, welche Notwendigkeiten die Staaten für sich ins Feld führen. Leute, die vor dem Brandenburger Tor demonstrieren, dass *sie* sich *ihre* Freiheit vom Putin nicht nehmen lassen, haben sich für eine verrückte Parteinahme in der Auseinandersetzung entschieden. Die machen den mit militärischer Gewalt ausgetragenen Gegensatz der *Staaten* so vorstellig, als ob es da eine Partei für und eine gegen *sie* gäbe. Als ob es Putin darum ginge, irgendjemand in Berlin die Freiheit wegzunehmen. Dabei hat sowohl die eigene Herrschaft sie als ihr *Mittel* eingeplant, um gewaltsam die Souveränität der anderen zu brechen, als auch der andere Souverän, der die Menschen der ihn bekämpfenden Nationen als deren Mittel auffasst und deshalb zerstört. In Putins Visier gerät man nur als Bürger eines Nato-Staates. Man selber ist weder das Subjekt noch eine Instanz, um die es in dieser Auseinandersetzung ginge – da soll man für eine der Alternativen Partei ergreifen?

Umgekehrt geht es ja wirklich um die Freiheit und zwar insofern, als man dafür eintreten und mit seinem Leben bezahlen soll. Aber um welche Freiheit? Doch nicht um die freien Entfaltungsmöglichkeiten der Leute! Es geht um die Freiheit, die die Staaten als das Prinzip, nach dem sie die ganze Welt zu ihrem Nutzen eingerichtet haben, gewaltsam verteidigen. Diese Freiheit soll gerade *über* dem Leben der Leute stehen!

— *Wenn man mit der staatlichen Souveränität der Ukraine argumentiert, macht man eine merkwürdige Ineinsetzung von seiner persönlichen Freiheit und der Souveränität von Staaten. Da kann man schon zeigen, worin die Freiheit der Bürger eigentlich besteht.*

„Das Vaterland, die Freiheit oder die eigenen Lebensverhältnisse verteidigen“ sind die gängigen Begriffe, die da fallen, weniger der Begriff der Souveränität. Da wird z.B. die heldenhafte Haltung der Ukrainer hoch gehalten. Da kann man schon darauf hinweisen, dass ihr Staat beschlossen hat, dass sie durchhalten müssen, bis die Städte vollständig zerbombt sind. Selensky verweigert die Kapitulation, weil er das Vaterland über alles stellt. Die Ukrainer sollten sich mal klarmachen, wie sie da verheizt werden.

Dass man fürs Vaterland ist und für die Freiheit zur Not auch mal sterben muss, ist für Demokraten eine Selbstverständlichkeit. Darauf beruht u.a. die Bundeswehr. Jeder kennt das in seinem Bekanntenkreis. Jeder weiß, es ist eine selbstverständliche Pflicht eines jeden, im Zweifelsfalle – auch ganz ohne Hurra – in den Krieg zu ziehen. Dafür wird jetzt kräftig die Propagandatrommel gerührt. Die Opfer, die da verlangt werden, fordern Heldenhaftigkeit für die gute Sache. Diese Perversion bestätigt die Öffentlichkeit laufend und radikalisiert die Leute. Die dem zugrunde liegende *Selbstverständlichkeit* muss man madig machen.

Es wird den Leuten klar gesagt, dass nun harte Zeiten anstehen; dass die Freiheit Kosten hat und worauf wir uns alles einstellen müssen. Weil das so selbstverständlich ist, dreht sich die Sache sogar um: Dass es Opfer braucht, soll umgekehrt die Sache als gute, als wertvolle und unbedingt zu verteidigende adeln. Die Politiker, die nun für die deutsche Zeitenwende auftreten, legen Wert darauf, dass es um höchste zu verteidigende Werte geht: Demokratie, Freiheit, Menschenrechte. Bei der Aufrüstung für den Krieg berufen sie sich darauf. Aber, was ist soviel wert, dass man sich als verplantes Kriegsmaterial der einen Seite gegen die andere Seite aufstellt?

Die höchsten Werte werden als die Messlatte ausgerufen, um die unbedingte Feindschaft

gegen Russland, die *jedes* Opfer wert ist, im Waffengang bis zum Atomkrieg, gutzuheißten. Keine kriegerische Seite ist jemals ohne solche höchsten Werte unterwegs, teilweise sind es sogar dieselben, auf die sie sich gegeneinander berufen: Freiheit und Souveränität. Mit den Werten wird also das *begründet*, worum es ihnen geht, und nicht anders herum.

— *Wenn Leute sich jetzt von Putin ihre Freiheit nicht nehmen lassen wollen, verschieben sie locker den Maßstab ihrer Freiheit weit über die eigenen Grenzen hinaus bis in die Ukraine, wo dort auf einmal ihre Freiheit verteidigt wird. Zugleich definieren sie damit den Kriessakt der Russen als unhaltbaren Angriff auf sich.*

— *Ein SZ-Artikel am Wochenende mit der Überschrift „Eine Überlebensfrage für Europa“ zeigt auf, wie die Bundesregierung sich dazu vorwärts gearbeitet hat, dass die höchsten Werte immer die Grundlage dafür sein sollen, dass der Bürger im Krieg seinen Dienst tun soll. Da wird dem Bürger erläutert, dass es wegen der hohen Werte eine nationale Sicherheitsstrategie, eine Abschreckung und eine nationale Verteidigungsindustrie braucht.*

Da wird mit dem höchsten Wert „Überleben“ ein sehr unbedingter Anspruch geltend gemacht. Aber worin ist „*unser Überleben*“ denn gefährdet? Das Überleben des politischen Subjekts EU, die eigene *staatliche Existenz* wird für unvereinbar damit erklärt, dass es irgendeinen Respekt vor den russischen Anliegen, deren Sicherheitsinteressen oder ein Abrücken von deren Umzingelung geben könnte.

— *An der Ukraine wird das gerade durchexerziert: Aufgeben in Anbetracht der russischen Bombardements kommt gar nicht in Frage. Sie harren aus und so wird diese Auseinandersetzung immer opferreicher.*

*

— *Mit der neuen Sicherheitsstrategie macht die Bundesregierung enorme Fortschritte: neue Waffen sollen an die Ostgrenzen, neue Bündnispartner gesucht werden, von der alten Nato-Russland-Grundakte wird abgerückt, F35-Kampfflugzeuge werden angeschafft, die auch Atombomben tragen können, die Bundeswehr wird zu Stabilisierungseinsätzen im Rest der Welt ertüchtigt und eine ganze nationale Verteidigungsindustrie aufgestellt. Der Zweck ist an den verschiedenen Maßnahmen so handgreiflich zu sehen – wenn man mal Abstand nimmt von der Stellung, dass das alles der Preis der Freiheit ist. Da geht der Staat richtig an sein Eingemachtes und stellt sich ganz neu auf.*

— *Das ist die Wende in Deutschland, dessen neues Selbstverständnis: Weg von der bisher eher ökonomischen Macht, hin zu einer militärischen Offensive mit ganz anderen Ansprüchen an sich. Was für einen Schritt macht die Bundesregierung mit diesem neuen Militarismus?*

— *Gleichzeitig wälzt Deutschland die Frage, ob man Putin in der Vergangenheit zu viel entgegengekommen ist. (vgl. SZ Artikel „Ist Merkel schuld?“) Dabei war bereits damals jeder Handel mit Russland immer auch als Erpressungshebel gegen Russland gedacht.*

Was es alles braucht, darüber wird man jetzt aufgeklärt. Rückblickend hat es da natürlich lauter Versäumnisse gegeben. Nur worin besteht das neue Verhältnis Deutschlands zum Militär, worum geht es Deutschland da? Das ist mit dem Begriff „neuer Militarismus“ noch nicht bestimmt. Deutschland erhebt jetzt den Anspruch und strapaziert seine ökonomischen Potenzen dafür, dass es *selber* über einen wuchtigen Gewaltapparat verfügt. Mit dem will es zugleich in Europa *militärische Führungsmacht* sein, die die Ansprüche von Europa als Weltmacht sowohl innerhalb des eigenen Bündnisses, der Nato und gegen die USA, als auch nach außen gegenüber Russland und China behauptet. Der Krieg in der Ukraine und die Tatsache, dass die Nato beschlossen hat, die Russen niederzukämpfen, sind der Anlass für Deutschland, sich jetzt so neu aufzustellen.

Dabei sollte man sich nichts vormachen: die Grundlage der herrschenden Weltordnung beruhte immer schon auf Gewalt. Für die Bundesrepublik war es eine bequeme Rolle, sich in einer Art Arbeitsteilung darauf verlassen zu können, dass die USA die von ihnen eingerichtete Weltordnung mit ihrem Gewaltapparat aufrechterhalten haben, an der Europa so partizipiert und innerhalb derer Europa stark geworden ist. Der *Schwenk* ist, dass sich Deutschland jetzt darauf besinnt, selber Subjekt seiner eigenen Sicherheitsbedürfnisse zu

werden, um seine Position in der Welt abzusichern. Dazu will es sich selber in die Lage versetzen – und das an der Spitze Europas.

Die bisherige Art und Weise Deutschlands, die Welt und ihre gemeinsame Grundlage zu benutzen, ist jetzt angesichts der aktuellen Lage eine einzige Schadensbilanz: Der Krieg – aber bereits auch schon die eskalierende Lage davor – hat Deutschlands Politik des zivilen Imperialismus, der die Welt sicherheitspolitisch mit *friedlicher Eroberung* ordnet, ein für allemal durchgestrichen. Hinfällig ist dies geworden einerseits durch die Eskalation Russlands, das es für notwendig erachtet, seine nicht respektierten Sicherheitsbedürfnisse jetzt mit einem Akt kriegerischer Gewalt durchzusetzen, und andererseits durch die USA. Die hatten diesen Konflikt zugespitzt auf die *eine* Frage: Ist Russland bereit, an dieser einen vitalen Stelle nachzugeben, noch einmal zurückzuweichen, gibt es also eine Invasion und damit Krieg in der Ukraine oder nicht? Ganz Europa steht mit Beginn dieses Feldzugs endgültig vor der Frage, wie es sich zu dieser Front verhält. Bis kurz vor Torschluss hat Deutschland noch – beispielsweise mit der diplomatischen Ansage in Form einer Lieferung der 5000 so belächelten Helme – kundgetan, dass es diesen Krieg so nicht will. Mit Beginn des Krieges durch Putin stellt sich Deutschland ganz auf die Seite der entschiedenen Front, die Russland zerstören will. Damit begräbt es alles, was es einmal war und worin seine Politik bislang bestand. Die *Neudefinition* der deutschen Politik besteht darin, eine Militärmacht werden zu wollen, die sich gegen hochgerüstete Mächte wie Russland behaupten kann. Das ist eine sogleich mit Ansprüchen verbundene Kehrtwende, die umgekehrt dem Drangsal entspringt, dass durch das Vorgehen der USA und Russlands nichts übrig bleibt von dem, wie Deutschland bisher versucht hat, diesen Kontinent ordnungspolitisch in den Griff zu kriegen.

— *Bei der Neudefinition Europas mit Deutschland als Führungsmacht geht es also um mehr als um Aufrüstung. Deutschlands Erklärung, wie es Europas Sicherheit in Zukunft handhaben will, beinhaltet drei Punkte: 1. Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten, 2. Die Verringerung der Energieabhängigkeit. Früher war „Klima“ der Titel für erneuerbare Energien, heute ist es ein strategischer Titel, 3. Die Schaffung einer robusten wirtschaftlichen Basis. Das ist umfassend und geht von Binnenmarkt über Lieferketten, Industrieallianzen und eine robuste Handelspolitik. In Europa geht es ans Eingemachte, es stellt sich auf als neue imperiale Macht, die mehr will als früher.*

Die Charakterisierung „Deutschland und Europa wollen mehr, sie wollen wirklich imperialistisch werden“ reicht nicht aus, um die Art des Schwenks der deutschen Politik und die daraus von ihr abgeleiteten neuen Notwendigkeiten zu bestimmen. Worin besteht deren auf allen Feldern neu zu definierender Handlungsbedarf?

— *Der Schwenk vom zivilen zum militärischen Imperialismus wird in der politischen Öffentlichkeit gern dahingehend problematisiert, ob es nicht von vornherein ein Fehler war, mit Russland auf wirtschaftliche Kooperation zu setzen, ob man Russland nicht schon viel früher hätte zerstören sollen. Deutschland hat angesichts des Krieges beschlossen, dass sein ziviler Imperialismus nicht mehr funktioniert. Von den Partnern wird er auch nicht mehr akzeptiert. Im Nachhinein wird er als Fehler, als Schwäche beurteilt.*

Es ist eine gängige Tour der Politik, das, was sie sich für die Zukunft vornimmt, als rückblickende Kritik zu formulieren. In diesem Fall als Kritik an Merkel, die im Nachhinein gesehen zu pazifistisch war und Deutschland dadurch in diese Lage gebracht und es vor diese neuen Notwendigkeiten gestellt hat. Hier ist noch einmal zu betonen, dass die Entscheidung Deutschlands, von seinem zivilen Imperialismus Abstand zu nehmen und mehr auf Militarismus zu setzen, seinen Ausgangspunkt darin hat, dass die Nato mit ihrer Vormacht USA ganz Europa und Deutschland an vorderer Stelle die Grundlage *seines* deutschen Imperialismus den Boden entzogen hat. Das erkennt die deutsche Politik *auf ihre Art* an, indem sie sich *vorwärtsweisend* und *von sich aus* von ihrer Grundlage verabschiedet und an der Spitze Europas ein eigenes Militär aufstellen will, schon jetzt mit dem Anspruch, damit militärisch auf Augenhöhe gegen Russland antreten zu können.

Deutschland macht also nicht etwas *ganz Neues*. Bisher hat es im Rahmen seiner europäischen Friedensordnung dafür gesorgt, dass Russland bis weit nach Osten sein bisheriges Umfeld streitig gemacht wird. Es hat als Führungsmacht der EU für die

ökonomische Angliederung der Ex-Sowjetrepubliken gesorgt und als Mitglied der Nato Russland dazu erpresst, die ökonomische Integration und Angliederung an das westliche Bündnis hinzunehmen. Dieses sehr erfolgreiche Vorgehen Deutschlands gegen Russland hat seine Grenze an dem Punkt erreicht, an dem die westliche Drohung mit der Nato versagt hat, als Russland dem einen militärischen Riegel vorgeschoben hat. Es hat die Eingliederung der Ukraine in das westliche Bündnis als „Rote Linie“ definiert und das Überschreiten dieser Linie zum Kriegsgrund gemacht. Das ist der Ausgangspunkt für eine Neujustierung der deutschen Politik: Das Vorgehen gegen Russland ist jetzt nicht mehr anders zu haben als durch militärische Aufrüstung. Nach den bisherigen Bemühungen, Russland durch eine strategische Partnerschaft einzudämmen, erklärt Deutschland jetzt die Existenz Russlands als nicht mehr aushaltbar und dessen Beseitigung als unabdingbar. Damit ist jede militante Maßnahme zum Niederringen Russlands gerechtfertigt, angefangen von 100 Mrd. Euro Verteidigungsetat über die Stationierung von 5000 Soldaten für schnelle Eingreifgruppen in den Oststaaten der Nato bis hin zur Einstellung jedweden ökonomischen Verkehrs mit Russland. Die lukrativen Geschäfte, die Deutschland bisher mit dem Feind gemacht hat, kann es jetzt als Waffe gegen diesen einsetzen.

Von dem neuen Standpunkt aus, Russland in jeder Hinsicht zu beschneiden, seine Macht zu begrenzen und ihm die Möglichkeit zu nehmen, überhaupt in der Weise aufzutreten wie es jetzt in der Ukraine passiert, wird alles, was Deutschland hat und was es als europäische Führungsmacht darstellt, ins Feld geführt und für diesen Zweck eingesetzt. Das ist einerseits seine ökonomische Potenz, die es für das Sanktionsregime gegen Russland einsetzt. In aller Deutlichkeit wird ausgesprochen, dass das eine alternative Waffe ist, um Russland zu ruinieren. Und die ökonomische Potenz wird zweitens dafür in Anschlag gebracht, schnell mal 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr auszurufen. Ab sofort stellt es auch kein Problem mehr dar, den 2%-Nato-Beitrag für Verteidigung im regulären Haushalt unterzubringen. Das ist die neuartige Kampfansage an Russland. Insofern findet auch ein sehr weitgehender Schulterschluss zwischen Deutschland und den USA statt.

Wer sich als Nato-Mitglied von heute auf morgen ein 100 Mrd Euro Sondervermögen genehmigt, der wird das sicher nicht in der Absicht tun, am Ende nur ein Wurmfortsatz dieses Militärbündnisses zu sein. Wenn Deutschland die F-35 der USA haben und sich damit die nukleare Teilhabe auf Jahre sichern will, ist das auch eine Auskunft darüber, auf welchem Niveau es sich als diese Kriegspartei reflektiert und in welchem Verhältnis es damit zu anderen europäischen Atommächten und *deren* Umgangsweise mit der Lage steht. Auf jeden Fall ist diese Nation im Moment damit befasst – das ist das sehr substantielle Moment von Zeitenwende – im Prinzip alle Momente der nationalen Politik ganz dieser neuen Rolle zu subsumieren: Die Nation befindet sich im Kampf mit Russland und will in einer Front mit den USA die „Möchtegern-Weltmacht“ Russland niederringen und muss dazu auch in der Lage sein. Genauso wie die Strapazierung des Haushalts für den Kriegszweck ist auch die Ausrichtung der Energiepolitik, die bis gestern noch sakrosankt war, dieser neuen Zielsetzung untergeordnet. Die Ideen eines europäischen Energie-Hubs sind damit begraben. Stimmen, die sich um die mit diesem Übergang einhergehenden Kosten für das Sozialsystem sorgen, gibt es kaum. Diesem neuen nationalen Zweck, als Macht an der Beseitigung Russlands federführend beteiligt zu sein, haben sich sämtliche anderen Politikbereiche erst einmal unterzuordnen. Auch Habecks Reise nach Katar sieht man diese Prioritätensetzung an.

Noch bevor im Einzelnen klar ist, was das alles dann militärisch, energiepolitisch usw. heißt, ist das eine *deutliche Ansage* ans Volk. Daher noch einmal zurück zum Ausgangspunkt unserer Debatte: *Wofür* ergreift man da eigentlich Partei, wenn man Partei gegen Putin und für diesen Krieg nimmt? Die Ansage der Politik ans deutsche Volk ist klar: Für die Feindschaft gegen Putin werden die Benzinpreise und die Energiekosten steigen, werden wir im Zweifelsfall im Winter frieren und zurückstecken müssen. Und wenn es hart auf hart kommt, dann werden wir eben zum Kriegsschauplatz. Wenn das die Kosten sind, dann haben wir sie zu tragen. Die Politik nimmt kein Blatt vor den Mund, wie und in welcher Rolle man da als Betroffener vorkommt mit „seiner“ Freiheit, für die man sich stark macht.

— *Vorhin wurde gesagt, der Imperialismus deutscher Art sei durchgestrichen. Ich habe die Ausführungen so verstanden, dass die Mittel, die Deutschland zur kapitalistischen*

Führungsmacht gemacht haben, die Grundlage dafür sind, sich militärisch so aufzustellen, wie es das jetzt tut, nämlich gemäß seiner Führungsrolle in Europa. Was ist da durchgestrichen?

Die Mittel, die sich Deutschland beschafft hat, werden nicht durchgestrichen. Im Gegenteil, die kommen jetzt zum Einsatz. Die Notwendigkeit der jetzt von oben reklamierten Zeitenwende beruht auf der Art und Weise, wie Deutschland sich bislang erfolgreich im Verhältnis zu Russland positioniert hat: seinem Beitrag dazu, die Drohkulisse vor Russland aufzubauen, die von Russland ab sofort nicht mehr länger geduldet wird; die ganze Abteilung Osterweiterung, nicht nur die Nato-Mitgliedschaft der Länder des ehemaligen Warschauer Pakts, sondern vor allem die Art und Weise, wie Deutschland mit seinen ökonomischen Mitteln dafür gesorgt hat, dass diese Länder sich alle dafür entschieden haben, ihre Perspektive in dem sogenannten westlichen Bündnis zu sehen und zu suchen. Das alles wird nicht durchgestrichen. *Darauf* bezogen stellt Deutschland fest, dass einem weiteren Vorrücken und der Ausdehnung seiner Machtbereiche durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine eine Schranke gesetzt ist. Dazu stellen sie sich jetzt. *Wie* sie sich dazu stellen, wurde ausgeführt.

— Ist nicht auch das Bestehen der USA auf Bündnistreue der Nato-Mitglieder ein Grund, dass die Deutschen sich anders positionieren?

Ja; Russland ist ja nur die eine Partei der militärischen Eskalation. Die andere Partei sind die Ukraine und ihre Unterstützer, die USA und die Nato-Staaten. Sie haben sich von der Ankündigung Russlands, mit der Aufnahme der Ukraine in die Nato würde eine rote Linie überschritten, unbeeindruckt gezeigt. Ebenso ließen sie das Ultimatum, das Russland in seinem Vertragsentwurf zur Absicherung seiner Sicherheitsinteressen gestellt und mit einer Kriegsdrohung unterstrichen hat, verstreichen. Die Antwort des Westens bestand in der Bereitstellung zusätzlicher Truppen und Waffenlieferungen, in weiteren Truppenübungen, der Präsenz am Schwarzen Meer, usw. So hat der Westen die Lage eskaliert. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs stellte sich für Deutschland nur noch die Frage, auf welcher Seite es steht. Die Entscheidung fiel nicht schwer!

— Deutschland hat sich zuerst zurückgehalten. Das zeigt die anfängliche Haltung, nur Helme liefern zu wollen und das Festhalten an Nord Stream 2. Beim Biden-Scholz-Treffen drängte Biden darauf, die Pipeline nicht in Betrieb zu nehmen. Dazu hat Scholz geschwiegen. Es gab also ein Zögern vor der jetzigen ‚Zeitenwende‘, vor der offensiven Aufrüstung.

Mit Zögern ist gemeint: Deutschland hat bis zum ersten Schuss darauf gesetzt, dass Russland auf die westlichen Drohungen – auf den verstärkten Nato-Aufmarsch an der Ostgrenze, auf die vorbereiteten und wiederholt angekündigten ausgefeilten Sanktionspakete – eingeht. Es ging davon aus, dass Russland sich die Strafen ökonomisch gar nicht leisten könne, der militärische Aufmarsch an der Ostgrenze wirkt und Putin klein begibt. Seitens der USA wurde dagegen immer verkündet, die Russen werden einmarschieren.

— Mit der Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr und der Aufstockung des Wehretats will Deutschland sich zur potenten Kriegsmacht im Nato-Bündnis machen, d.h. aktiv mitwirken beim Bündniszweck, Russland per Wirtschaftskrieg oder, wenn es sein muss, auch militärisch zur Kapitulation zu zwingen. Das deutsche Aufrüstungsprogramm ist also alles andere als eine Verlegenheit, es zeigt vielmehr die ökonomische Potenz der Führungsmacht Europas, die sich zutraut, Russland mit seinen Erpressungen aus dem Weltmarkt zu drängen und damit ökonomisch zu ruinieren. Mit dem neuen Waffenarsenal will sich Deutschland auch die militärische Führungsrolle in Europa verschaffen. Zu diesem Anspruch, der mit dem Aufrüstungsprogramm verwirklicht werden soll, hat sich Deutschland ganz frei entschieden, nicht, weil die USA sie dazu genötigt haben. Zeitenwende steht dafür, dass die Macht Deutschland es sich schuldig ist, einen entsprechenden Kriegsbeitrag aus eigener Potenz hinzukriegen.

Natürlich ist das ein anspruchsvolles imperialistisches Programm, mit dem die Nation sich jetzt beauftragt. Das ist aber ihr Umgang damit, dass sie in eine Konfrontation hinein getrieben wurde, die sie bis vor kurzem versucht hat, so nicht stattfinden zu lassen. Denn damit hat sich für Deutschland seine bisherige „zivile“ imperialistische Tour erledigt. Es ist

ersichtlich, dass das Ausgreifen der EU nach Osteuropa nicht die kontinuierliche Weiterentwicklung eines kapitalistisch potenten Bündnisses war. Im Gegenteil: Die neuen Mitglieder Osteuropas waren nach den – bis dahin gültigen – Kriterien gar nicht tauglich für die Aufnahme. Es ging aber um ihre feste Anbindung. Die EU hat damals den Übergang zu einer neuen Ordnungspolitik gemacht, die sich mit Kriegsbeginn erledigt hat. Wenn von beiden Seiten eskaliert wird, bis hin zum Krieg, nötigt dies allen beteiligten Staaten – sowohl denen, die von den Ordnungsansprüchen betroffen sind, als auch denen, die ihre Ordnungsansprüche ‚nur‘ verteidigen – eine Stellungnahme ab, wie sie mit dieser Kriegs- und Frontlage umgehen wollen. Deutschland hat etwas zu verlieren: seinen Einfluss auf Russland, die Zuordnungsstrategie der EU, seine vorgesehene Rolle als Energieimperialist. Diese bisher erfolgreiche deutsche Politik torpedieren die USA. Da steckt natürlich eine Nötigung drin. Das ist die neue Lage für Deutschland: Russland wird zum Feindstaat, gegen den sich Deutschland als militärische Bündnismacht rüstet, dafür seinen Kredit strapaziert und sich energiepolitisch unabhängig von Russland macht.

*

— *Wie geht Russland mit dieser Lage um? Was will Russland mit dem Krieg erzwingen? Es ist ja keine Macht wie der Westen mit weltweiten kapitalistischen Interessen, die zu verteidigen wären. Der Westen bezeichnet Russland abschätzig als „Rohstofflieferland“. Aber Russland ist auch eine Atommacht, die mit den USA mithalten kann. Als solche fordern sie Respekt vom Westen, der ihnen diesen jedoch verweigert.*

— *Das genau ist Putins Problem. Er verteidigt Russlands Status als Atommacht. Die Nato hat Russland eingekreist, steht mit ihren Truppen und Waffen an den russischen Grenzen und diese Waffen können Russland binnen weniger Minuten treffen. Damit ist die Gefahr gegeben, dass ein Gegenschlag nicht mehr möglich ist. Dadurch wäre sein Status als Atommacht, von dem Russlands Geltung in der Welt abhängt, entwertet.*

In der Tat fordert Russland Respekt für seinen Status als Atommacht. Denn wofür auch immer Russland eigene ordnungspolitische Vorstellungen hat – sei es in Sachen Einrichtung der Welt, sei es im ökonomischen Verkehr der Staaten untereinander, sei es im Nahen Osten –, bekommt es den dafür erforderlichen Respekt nur, wenn es den als Atommacht auch erzwingen kann. Russland hat Bilanz gezogen und sieht seinen Status und seine Sicherheit mit der geplanten Aufnahme der Ukraine in die Nato und der Herstellung einer überlegenen Kriegsfähigkeit des Westens bedroht. Russland legte seinen Befund den USA und der Nato mit einem Ultimatum vor: das Eingehen auf Russlands Forderungen war eine Frage von Krieg und Frieden. Darauf wurde bekanntlich nicht eingegangen. Wie die ordnungspolitischen Vorstellungen Russlands auf der Grundlage aussehen, ist damit nicht gesagt. Die sind aber sicher von ganz anderer Qualität als die Ansprüche der USA und Deutschlands. Letztere müssen ihre Interessen weltweit verteidigen, weil sie weltweit ökonomische Abhängigkeiten hergestellt und ihren ökonomischen Erfolg daraus vorangetrieben haben.

*

— *Biden warnt seinen potenten Hauptgegner, China, vor einer Unterstützung Russlands. China hat darauf mit einem Statement in der UNO reagiert: China trete für sichere Grenzen ein und sei gegen kriegsartige Aktionen. Zugleich teilt China mit, dass es die Nato und die Nato-Osterweiterung für (unangebrachte) Relikte aus dem Kalten Krieg halte, die USA Russland provoziert hätten und die verhängten Wirtschaftssanktionen in der globalisierten Welt „Waffen“ seien. Hat sich China mit diesen Reaktionen über die Kriegsparteien gestellt? Will China die Instanz sein, die diesen Konflikt unabhängig beurteilt? Und will es damit seine Handlungsfreiheit bewahren und praktizieren?*

— *Zuerst muss klargestellt werden, was Biden von China verlangt und was er China damit zumutet. Biden will, dass sich China am Sanktionsregime gegen Russland beteiligt und droht auch China mit Sanktionen, weil er weiß, dass China die Mittel hat, das Sanktionsregime zu unterlaufen. Die USA treten China gegenüber als das bestimmende Subjekt des Weltmarkts auf, wohl wissend, dass es definitiv nicht Chinas Anliegen ist, Russland klein zu machen, dass sie deshalb diesen ökonomischen Krieg nicht wollen. Trotzdem fordert Biden Chinas Unterordnung unter das Sanktionsregime.*

Was aus dem USA-China-Gegensatz wird, ist abzuwarten. An dem Druck, den Biden auf China ausübt, weil es – wie Biden feststellt – entscheidend auf Chinas Stellung zum Krieg ankommt, merkt man die ‚Besonderheit‘ Russlands, mit der es die imperialistischen Mächte da zu tun haben. Russland hat bei der *Benutzung* der imperialistisch eingerichteten Welt keine gleichgelagerten Interessen zu verteidigen, es steht gar nicht in Konkurrenz zu den imperialistischen Mächten. Russland ist ein ökonomisch abhängig gemachter Staat, der mit Dollar-Einkünften aus Energieexporten sein Staatswesen finanziert. Es tritt aber als *Macht* auf, die jenseits dieser ökonomischen Bestimmtheit für sich reklamiert, in der von den USA eingerichteten Staatenwelt und den Staatsverhältnissen ein gewichtiges Wort mitreden zu wollen. Und als *Atommacht* verteidigt es diesen Anspruch, kann ihm praktisch Gewicht verleihen und tut das auch – siehe z.B. Syrien und Libyen. Diese Macht soll Russland beschnitten werden!

Seine Macht braucht Russland auch, um seine ökonomischen Interessen zu verteidigen. Auf diese Macht rekurriert Russland, wenn es sagt: „Wir setzen unsere Waffen ein, wenn ihr uns von unserer ökonomischen Grundlage, dem Öl- und Gasexport, abschneidet“. Es ist falsch zu meinen, Russland hätte keinen Grund, sich und seine derzeitige Macht zu behaupten, nur weil es keine derart ökonomische Macht wie die USA, Deutschland oder EU hat, die die ganze Welt produktiv für ihr Kapital und ihren Kredit benutzen. Russland hat sich damit die Freiheit geschaffen, die Welt für sich, für die Mehrung seines Reichtums und seiner Macht zu nutzen. Es will auch nicht bloß Rohstoffland sein, sondern mit dem Verkauf von Rohstoffen, Waffen, Atomtechnik usw. seinen Reichtum und seinen Einfluss in der Welt mehren. Macht braucht Russland außerdem zur Absicherung seiner Existenz. Dazu gehört, dass es bei weltweiten Affären als Weltmacht ernst genommen wird und mitreden kann. Das praktiziert es z.B. im Nahen Osten, in Libyen, in Venezuela. Damit ist zwar noch nichts darüber gesagt, wie Russland dasteht und welche Sorte Imperialismus Russland betreibt. Bezogen auf die aktuelle Situation konstatiert Russland jedoch, dass der Status „Atommacht“ die Voraussetzung für das Geltendmachen seiner Interessen ist, weshalb es den verteidigt.

— *Russland bezieht seine Mittel aus dem Weltmarkt, der von den USA eingerichtet und von ihnen bestimmt wird. Deshalb wirken die Sanktionen. Russland leidet daran, will aber den Weltmarkt weiter nutzen. Das ist sein Widerspruch.*

Der nächste Termin findet am **4. April 2022** statt. Das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekannt gegeben.